

Klage gegen Monopol der Gasbranche

Ein Gaslieferant schaltet die Wettbewerbshüter ein, um den Kleinkunden zu helfen. Unterstützt wird er von der UBS

Jürg Meier

Im Gasmarkt tobt ein Kampf von David gegen Goliath. Auf der einen Seite: die Gasbranche. 80 Firmen im Besitz der Städte, politisch vernetzt und mit allen juristischen Wassern gewaschen.

Auf der anderen Seite: Mieter und Eigentümer, die mit dem Brennstoff Wohnungen und Geschäftsräume heizen. Für ihre Interessen gibt es keine Lobby. Und so dürfen sie nicht wählen, bei wem sie ihr Gas kaufen. Dies im Gegensatz zur Industrie: Sie hat mit den Gasversorgern einen Zugang zum Markt ausgehandelt.

UBS unterstützt Klage

Nun erwächst der Gasbranche ein mächtiger Gegner. Die Energiedienstleisterin Enerprice hat diese Woche vor der Wettbewerbskommission (Weko) eine Klage eingereicht, wie Chef René Baggenstos bestätigt. In der Klage geht es um eine Lieferung von günstigem deutschem Gas an Immobilien der UBS Fund Management (Switzerland). Diese wurde von der Schweizer Gasbranche verweigert.

Die Klage hat den Support der Grossbank: «Wir unterstützen es, dass unser Lieferant sich im Interesse unserer Mieter für die Beschaffung von Heizgas zu Marktkonditionen einsetzt», sagt Daniel Brüllmann, Leiter Immobilien Schweiz. Er ist überzeugt: «Eine Beschaffung von Heizgas am Markt wäre nach geltendem Recht möglich.»

UBS Fund Management (Switzerland) verwaltet ein Portfolio

von rund 1100 Liegenschaften, die im Besitz von verschiedensten Anlegern sind. Rund 40% dieser Gebäude haben eine Gasheizung. Könnte die UBS Gas zu tieferen Preisen einkaufen, würde das den Mietern über die Heizkostenabrechnung zugutekommen. Tiefere Nebenkosten haben noch eine andere Wirkung. Sie machen das Immobilienportfolio für heutige und künftige Mieter attraktiver, was dessen Wert steigert. «Das wäre im Interesse unserer Anleger», sagt Brüllmann.

Die Gaslieferantin Enerprice hatte der UBS eine Offerte gemacht. Das Gas aus Deutschland wäre viel günstiger gewesen als jenes der Schweizer Lieferanten. Enerprice hat die Ersparnisse für einen 50 Liegenschaften umfassenden Teil des UBS-Portfolios berechnet. Die Gasrechnung für diese Gebäude wäre pro Jahr rund 900 000 Fr. tiefer ausgefallen.

Je nach Gebäude wären Einsparungen von zwischen 10% und 30% möglich gewesen. Ein Mieter einer typischen Dreieinhalbzimmerwohnung hätte pro Jahr rund 200 bis 300 Fr. weniger Nebenkosten berappen müssen, wie René Baggenstos schätzt.

Enerprice stellte zwar bei Gasversorgern in fast allen Regionen der Schweiz ein sogenanntes Durchleitungsbegehren, damit das deutsche Gas an die in allen Landesteilen gelegenen UBS-Immobilien hätte geliefert werden können. Doch die Gasindustrie lehnte diese samt und sonders ab.

Und nicht nur das. Die Gaswirtschaft gelangte mit einem so-

PATRICK PLEUL / DPA / KEYSTONE



Verlegung von Gasleitungen in Deutschland: Die Schweizer Gasbranche wehrt sich mit Händen und Füssen gegen eine Öffnung des Gasmarktes. (Neureetz, 31. Januar 2018)

Im Besitz der Städte

Die 10 grössten Gasversorger der Schweiz

Marktanteil (%)	Versorger
11,37%	Energie 360° (Zürich)
10,67%	Industrielle Werke Basel
9,00%	Services Ind. de Genève
4,63%	Services Ind. Lausanne
4,10%	Energie Wasser Luzern
3,21%	Energie Wasser Bern
2,85%	Regio Energie Solothurn
2,76%	Groupe E (Granges-Paccot)
2,60%	Viteos (Neuenburg)
2,38%	Sogaval (Sion)

Quelle: VSG

nannten Feststellungsbegehren an das Bundesamt für Energie. Das Amt, so die Forderung der Gasindustrie, solle bestätigen: Die von Enerprice geforderte Gaslieferung sei der Gasbranche gar nicht zumutbar. Sie sei zu kompliziert, zu teuer und technisch nicht machbar.

Die UBS will sich nicht zu den Verhandlungen mit der Gasbranche äussern. Ein Kenner des Gasmarktes sagt jedoch, das Vorgehen der Gasindustrie habe bei der UBS für Kopfschütteln gesorgt. Offenbar wurde die Grossbank zu einer Sitzung mit dem Schweizer Gasverband VSG eingeladen. Danach sei die Idee gewesen, das Gespräch fortzuführen und eine bilaterale Lösung zu finden. Doch dazu sei es nie gekommen.

Thomas Hegglin, Sprecher des VSG, bestätigt das Gespräch mit der UBS. Eine bilaterale Lösung sei aber gar nie eine Option gewesen. «Wir können die UBS nicht anders behandeln als andere Hauseigentümer.» Der Grund: Aus Sicht der Gasbranche gehen die Grossbank und ihre Lieferantin von falschen Voraussetzungen aus. «Der Gasmarkt ist heute

nicht geöffnet», sagt Thomas Hegglin.

Der Gasverband zeigt sich denn auch überrascht von der Weko-Klage. Er könne das von der Gaslieferantin berechnete Einsparpotenzial nicht nachvollziehen, sagt Thomas Hegglin. Die Gasversorger ständen zudem durchaus im Wettbewerb: Ihre Konkurrenz seien andere Heizungsformen wie Öl, Wärmepumpen oder Holzschnitzel. «Jeder Gasversorger hat darum ein Interesse daran, seinen Kunden ein attraktives Angebot zu machen», sagt Hegglin.

Hohe Gewinne mit Gas

Doch das ist aus Sicht von René Baggenstos ein vorgeschobenes Argument. Es gebe einen anderen Grund dafür, weshalb sich die Branche mit Händen und Füssen wehre: «die hohen Gewinne der Gaswerke». 2016 machte die Branche einen Umsatz von 2,6 Mrd. Fr. Die Margen im Geschäft mit den Kleinkunden gelten als sehr hoch.

Drei Viertel der Gasversorger sind zudem sogenannte Querverbundunternehmen. Sie liefern zum Beispiel auch Strom, Wasser

oder Fernwärme. Mit vielen dieser Angebote verdienen sie kaum Geld - mit dem Erdgas aber schon. Ein Branchenkenner schätzt, dass sie damit 60 bis 80% ihrer Gewinne machen. Ein anderer spricht davon, dass bei manchen Unternehmen 90% und mehr des Gewinns aus dem Gasgeschäft stammen. «Wenn diese Klage durchkommt, wird das bei den Gasversorgern einschlagen wie eine Bombe», sagt er.

Folgen hätte das aber nicht nur für die rund 400 000 Schweizer Gaskunden. Die Versorgungsunternehmen wären wohl gezwungen, die Preise in anderen Bereichen anzuheben - oder kräftig an der Sparschraube zu drehen. Vom Bund kann die Gasbranche keine Hilfe erwarten: Kämen Klagen durch, ständen die Gasversorger in der Pflicht, liess er kürzlich verlauten. Es läge dann an der Branche, die Marktöffnung, «so gut es geht», umzusetzen.

Laut Vizedirektorin Carole Söhner liegen der Weko bereits mehrere Klagen gegen die Gaswirtschaft vor. Vorabklärungen laufen, eine Untersuchung sei aber noch nicht eröffnet worden.

AUSWAHL IST DAS NEUE VERSANDMODELL.

Jetzt haben Sie auch innerhalb der Schweiz die Wahl zwischen DHL und anderen Päckli-Versandanbietern.
Gelb ist das neue Gelb.

Mehr Informationen unter:
sales.parcel.ch@dhl.com oder dhlparcel.ch

DHL